Wirtschaftsförderung: Gewerbegebiet mit ökologischem Profil

7. Februar 2021, 21:41 Uhr

Lesezeit: 2 min



Das Gewerbegebiet an der Grenze zur Stadt Dachau sollen ökologisch aufgewertete Flächen für Natur und Naherholung flankieren. *Grafik: Gemeinde Karlsfeld*

Karlsfelds Bauvorhaben im Grünzug erfordert empfindliche Eingriffe in die Natur. Der Gemeinderat will das Projekt aber möglichst umweltverträglich gestalten

Von Christiane Bracht, Karlsfeld

Angesichts heftiger Steuereinbrüche und leerer Gemeindekasse will Karlsfeld das geplante Gewerbegebiet an der Schleißheimer Straße nun möglichst schnell entwickeln. Doch es soll nicht irgendein Gewerbegebiet werden mit möglichst vielen Firmen und damit Steuerzahlern, sondern ein nachhaltiges Gewerbegebiet. Darauf legen vor allem die Grünen und das Bündnis für Karlsfeld großen Wert. Das heißt nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische und soziale Gesichtspunkte sollen berücksichtigt werden. Die Idee ist nicht neu. Es gibt inzwischen sogar ein Zertifizierungssystem in Deutschland und auch schon in diesem Sinne erste anerkannte Gewerbeflächen. Das streben zumindest die Grünen nun auch für Karlsfeld an, nachdem das neue Gewerbegebiet mitten in der Frischluftschneise für Dachau und München liegt.

Ein Vorzeigegewerbegebiet, das gefällt auch CSU und SPD. Doch die Vorstellungen, wie man es angeht, klafften in der jüngsten Bauausschusssitzung weit auseinander. Die CSU wollte einen Planer beauftragen, der drei Varianten entwirft. "Manche tun sich schwer damit, sich ein Bild zu machen, wenn sie keine Skizze haben. Sie wollen sehen, wo man einen Radweg planen könnte oder eine Grünfläche", verteidigt Bernd Wanka (CSU) die Idee. Im Gespräch mit dem Planer hätte man dieses dann ja nach den Wünschen der Gemeinderäte ändern können, so ähnlich wie man es bei der Entwicklung des Ludl-Areals auch gemacht hat. Grüne, Bündnis und SPD waren mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden. "Eins muss klar sein: Drei Solarzellen ans Dach dübeln reicht nicht", sagt Franz Trinkl (SPD). Deshalb soll nun zuerst ein Kriterienkatalog ausgearbeitet werden, an dem sich ein Planer bei seinen Entwürfen orientieren sollte.

Es soll so eine Art "Checkliste" werden, die man immer wieder herausnehmen kann, sagt Peter Neumann (Bündnis). Auf diese Weise müsse man die Diskussion nicht bei jedem Vorhaben neu anfangen. Wenn man sich allein auf den Planer verlasse, habe man immer zu wenig Infos und auch zu wenig Kriterien, das habe die Vergangenheit gezeigt. Deshalb sei es sinnvoll, sich vorher Gedanken zu machen.

Die Grünen haben schon relativ konkrete Vorstellungen, was die Nachhaltigkeit angeht. Man müsse darauf achten, dass sich "Unternehmen ansiedeln, die durch eine Wertschöpfungskette miteinander verbunden sind", fordert Michael Fritsch. "Das reduziert die Transportwege, erhöht die Produktivität und steigert die Ertragskraft der Betriebe. Damit führt dieser erhebliche Eingriff in die letzten Grünflächen Karlsfelds zumindest zu mehr Gewerbesteuer." In sozialer Hinsicht wünschen sich die Grünen eine Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr, Radwege, Kinderbetreuung oder auch Inklusion. Wichtig sind ihnen auch ökologische Gesichtspunkte. Die Grünen möchten eine möglichst geringe Versiegelung im Gewerbegebiet erreichen. Fassaden- und Dachbegrünung dürfen ebenso wenig fehlen, wie robuste heimische Pflanzen. Sie legen Wert auf eine tierfreundliche und energiesparende Beleuchtung. Wenn möglich sollen sogar Biotope angelegt werden. Fritsch fasst das alles unter dem Stichwort "ökonomisches Ökosystem" zusammen. Wie die Wortkreation bereits andeutet, soll auch der Artenschutz nicht zu kurz kommen, insbesondere wenn es um die höchstgeschützte Libellenart Helm-Azurjungfer geht. Etwa 3000 von ihnen leben im Dachauer Moos, so der Landschaftspflegeverband Dachau. Es sei das größte Vorkommen in Bayern.

"Die Zeitfrage spielt schon auch eine Rolle", sagt Neumann. Man wolle nicht das Grundsatzprogramm der Grünen ausarbeiten, "die Grundstücke sollten schnell vermarktet werden, damit Geld reinkommt." Kämmerer Alfred Giesinger rechnet in diesem Jahr mit nur sechs Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen, statt wie bisher mit mindestens 7,5 Millionen. Außerdem müsse nach derzeitigem Stand ein Kredit für die laufenden Geschäfte aufgenommen werden. Kurz gesagt: Die Finanzsituation in Karlsfeld ist prekär.

In einer Sondersitzung will der Gemeinderat sich nun Gedanken über die Nachhaltigkeitskriterien für das Gewerbegebiet machen. Ein Moderator soll die Debatte begleiten.

© SZ vom 08.02.2021 - Rechte am Artikel können Sie hier erwerben.